

Demokratie« im revolutionären Prozeß (auch dies schon eine totale Revision des seit dem VI. Kominternkongreß von 1928 geltenden Verdikts der »nationalen Bourgeoisie«) der Dritten Welt ab 1963/1964 zugunsten der »revolutionären Demokratie« abänderte. Die Gründung von Einheitsparteien, die Nationalisierung von Industrie- und Bergbauunternehmen, die Teilkollektivierung auf dem Lande, die mit dem sowjetischen Modell übereinzustimmen schienen, waren in erster Linie Instrumente des Machtgewinns und des Ausbaus der neugewonnenen Positionen in den Händen politischer Führungsgruppen, die die verbalen Bekenntnisse zum »wissenschaftlichen Sozialismus« sowohl gegenüber Moskau wie gegenüber Peking (häufig auch gegenüber westlichen Staaten) profitabel zu nutzen verstanden. Die Selbstsicherheit afrikanischer Politiker wie die objektiven Realitäten der hochdifferenzierten politisch-sozialen Milieus in Afrika wurden von der Sowjetunion häufig unterschätzt. Letzteres wird auch dadurch bestätigt, daß es nur in 12 der 50 afrikanischen Staaten kommunistische Parteien gibt (davon einige im Exil, andere in die Monopolpartei eingegliedert). Gegenüber dem Kapitel über Afrika fällt das über Lateinamerika deutlich ab (beide sind von *Wolfgang Berner*). Es ist nicht mehr als eine erste, mit einer kurzen Rückschau auf die dortige Tätigkeit der Komintern in den dreißiger und vierziger Jahren versehene Skizze. Nur die Entwicklung des kubanisch-sowjetischen Verhältnisses seit Ende der 50er Jahre wird ausführlicher dargestellt. Dabei wird deutlich, daß es Castro war, der nach dem Invasionsversuch in der »Schweinebucht« (April 1961) den Nachweis zu führen versuchte, daß Kuba ein sozialistisches Land sei, um höhere Ansprüche an das wirtschaftliche und militärische Engagement der Sowjetunion stellen zu können. Obwohl Castro nach 1968 die Anwendung der Breschnew-Doktrin auf Kuba forderte, hat er bisher noch keine vertragliche Sicherheitsgarantie. Ein Schritt in diese Richtung ist die seit 1972 bestehende Vollmitgliedschaft im RGW.

Auch wenn im einzelnen manche Annahmen und Prognosen überholt sind (so die über Afghanistan und das geringe Interesse der Sowjetunion an der revolutionären Entwicklung dort), stellt dieser Band vor allem in den Regionalanalysen (Osteuropa, China, übriges Asien einschließlich Nahost, Afrika) sowie in den Übersichten zu den Wirtschaftsbeziehungen (einschließlich Militär- und Entwicklungshilfe) ein wertvolles Arbeitsmittel dar, das nicht nur in die Hände von Sowjetologen gehört, sondern auch in die von Publizisten und Politikern. Vielleicht ließe sich dadurch manches vorschnelle Urteil oder manche grobe Überzeichnung des Einflusses der Sowjetunion in der Dritten Welt korrigieren. Hartmut Soell

Werner J. Feld (Hrsg.), *The Foreign Policies of West European Socialist Parties*, Praeger Publishers, New York/London 1978, XI, 151 S.

Die vorliegenden Aufsätze beschäftigen sich mit den außenpolitischen Zielsetzungen sozialistischer Parteien in insgesamt acht westeuropäischen Ländern. Daß in der Außenpolitik keine Einheitlichkeit unter den sozialistischen Parteien besteht, beruht nicht so sehr auf deren verschiedenartigen außenpolitischen Richtungen als vielmehr auf den innenpolitischen Machtverhältnissen. In den Ländern wie Skandinavien, Großbritannien und in der BRD, wo die sozialistischen Parteien für längere Zeit an der Regierung waren oder noch sind, ist die Außenpolitik weitgehend von pragmatischen Gesichtspunkten bestimmt. In Ländern, in denen sie in der Opposition stehen, wird die Außenpolitik in größerem Maße von ideologischen Leitsätzen geprägt.

*Nils Andrén* hebt die besondere Position Schwedens als neutraler Staat hervor. Ein Beitritt zur EG ist nicht mit Schwedens Neutralität vereinbar, vor allem, wenn von der EG Einstimmigkeit in außenpolitischen Entscheidungen gefordert wird. Jedoch kann Schweden, von welcher Partei es auch immer regiert wird, nicht auf eine Kooperation mit der EG verzichten.

ten. Andrén erwähnt speziell die Zusammenarbeit zwischen schwedischen Sozialdemokraten und anderen europäischen sozialistischen Parteien: die Unterstützung der portugiesischen Bruderpartei sowie die Aufforderung an alle Sozialdemokraten Europas, Waffenlieferungen nach Südafrika einzustellen.

Die Führung der norwegischen Arbeiterpartei (DNA) unterstützte ursprünglich den Beitritt Norwegens zur EG, fügte sich jedoch der Mehrheit der Wähler, die sich in dem Referendum vom Jahre 1973 gegen den EG-Beitritt aussprachen. Auch innerhalb der DNA machte sich, wie *Martin Saeter* betont, eine starke Opposition gegen den EG-Beitritt bemerkbar. Jedoch spricht sich die große Mehrzahl der DNA-Wähler für Norwegens Mitgliedschaft in der NATO aus.

In Frankreich, wie von *Jacques Huntzinger* ausgeführt wird, unterstützt die sozialistische Partei unter der Führung Mitterands die Integration Frankreichs in die EG und Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Auch befürwortet sie die Beteiligung Frankreichs an der atlantischen Allianz, lehnt jedoch den Wiedereintritt in die NATO-Organisation ab.

Einen guten historischen Überblick über die Entwicklung der sozialistischen Parteien Italiens nach dem zweiten Weltkrieg bietet der Aufsatz von *Fulvio Attina*. Die sozialdemokratische Partei Italiens (PSDI) sprach sich für den Marshall-Plan aus und für den Beitritt Italiens zur WEU und EG. Die mehr linksgerichtete sozialistische Partei (PSI) hingegen lehnte zusammen mit den Kommunisten eine Integration Italiens in den kapitalistischen Westen ab. Sie forderte eine neutrale Außenpolitik und schon früh eine Politik der Entspannung. Eine nur kurz andauernde Vereinigung der beiden Parteien fand am Ende der sechziger Jahre statt, jedoch trennten sich beide wieder im Jahre 1969. In den letzten Jahren beschäftigte sich die PSDI weniger mit außenpolitischen Fragen und verlor daher Kontakt mit den übrigen Bruderparteien in Westeuropa. Die PSI hingegen ist an verstärktem Kontakt mit den sozialistischen Parteien Europas interessiert und befürwortete Direktwahlen zum Europäischen Parlament.

*Thomas Bruneau* gibt Aufschluß über Entstehung und Entwicklung der sozialistischen Partei Portugals (PS), die im Juni 1976 die Regierung bildete. Die PS wurde im Jahre 1973 mit Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet und unterhält enge Kontakte zu den sozialistischen Parteien der BRD und Schwedens. Von Anfang an war sie an der Mitgliedschaft Portugals in der EG interessiert, um Portugal enger an die demokratische Struktur Westeuropas zu binden.

Außer den erwähnten Parteien wird eine Analyse von *John Roper* über die Labour Party und von *Charles Foster* ein Überblick über die SPD interessieren. Wie der Herausgeber *Werner Feld* am Ende der Untersuchungen betont, bestehen gewisse Gemeinsamkeiten innerhalb der einzelnen Parteien Westeuropas, die besonders in Organisationen wie der Sozialistischen Internationale und dem Bund der Sozialdemokratischen Parteien diskutiert werden. Doch ist jede Partei im Hinblick auf ihre außenpolitischen Zielsetzungen von den jeweiligen innenpolitischen Konstellationen und der Parteienstruktur abhängig. Was alle sozialistischen Parteien als gemeinsames Ziel anstreben, ist die Schaffung eines echten demokratischen Sozialismus in Westeuropa.

Die Analyse über die acht sozialistischen Parteien bieten einen nützlichen Einblick nicht nur in deren außenpolitische Ziele, sondern vermitteln auch einen Überblick über ihre inner- und zwischenparteilichen Auseinandersetzungen.

Wolfgang Schlauch